

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Preis: 20 Pf. monatlich 80 Pf. Durch die Post im Nachhonoratverkehr 2,15 Mk. in Württemberg 2,20 Mk. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pf. Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg., die Wochenspende oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 274

Mittwoch, den 27. November 1918.

35. Jahrgang.

Die Reichskonferenz.

Ueber die gestern kurz erwähnten Berichte der Staatssekretäre in der Reichskonferenz meldet W.T. nachträglich noch:

Berlin, 26. Nov.

Staatssekretär **Solf** führt aus: Da die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege sich als ausschlaggebend erwiesen, haben wir uns mit unserem Waffenstillstands- und Friedensangebot auch an sie gewandt. Außerdem habe Wilson als einziger ein ehrliches Friedensprogramm vertreten, während alle anderen Gegner Imperialisten sind. Allerdings herrsche auch in Amerika Siegesstimmung und daher Uebereinstimmung mit den Waffenstillstandsbedingungen. Amerikas Forderung sei, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werde, sonst droht es mit dem Einmarsch. Eben jetzt sei eine Antwort Wilsons eingegangen, welche Verborgung in Aussicht stellt, wenn die öffentliche Ordnung aufrechterhalten werde. In England habe die hochjahrige Siegesstimmung gesiegt. Selbst Lansdowne und Henderson seien verstimmt. Lord Cecil's Rücktritt könne man wohl auf seine Stellung zum Völkerverbund zurückführen, die der unsrigen entspreche. Auch in England werde von Deutschland eine gesicherte Mehrheit verlangt. Herrsche in England Siegesjubel, so sei in Frankreich der Siegestaumel an der Tagesordnung. Seine öffentliche Meinung dränge vor allem auf Unterdrückung jeglichen Volksemissus, aber es scheine fast, als wolle man in Paris gar keinen Frieden, sondern hoffe, durch Zerkleinerung des Reichs das Reich zu zerstören. In Polen sei das Bestreben, die Aushebung der deutschen Okkupation ohne Blut zu erleichtern, obwohl die Volksstimmung anders gerichtet sei. Ungünstig wäre die Übernahme der Regierung durch die nationaldemokratische Partei, die ententefreundlich und deutschfeindlich sei. In der Ukraine scheine sich der Gedanke des russischen Föderationsstaates durchsetzen zu wollen. Rußland sei von der alten Regierung im Interesse des Friedens nicht anerkannt worden, aber gegen bolschewistische Propaganda in unserem eigenen Lande durch Moskau müßten wir uns aufs entschiedenste verwahren. Die Verhältnisse in Rußland seien unerträglich geworden. Das Ende der Sowjetregierung scheine bevorzuzutreten. Solf kommt auf den unbedingten Vernichtungswillen Frankreichs zurück, dem trennungsgläubige Eigenmächtigkeit im eigenen deutschen Lande in die Hände arbeite; so wenn der A- und S-Rat in Hamburg selbständige Beziehungen zur Sowjetregierung anknüpfen oder wenn der Kurier des Auswärtigen Amtes auf der Reise nach Wien verhaftet werde. Er habe mit seinen Beamten loyal unter der neuen Regierung gearbeitet, aber der Vernichtung des Reichs könne er nicht ohne Protest zusehen. Seine einzige Hoffnung sei diese Konferenz, denn die heutigen Verhältnisse zerstörten alle Friedenshoffnung. Die Konferenz müsse unbedingt dreierlei beschließen: 1. Die Zentralgewalt darf keiner Kontrolle unterstellt sein, welche die Einzelstaaten nicht anerkennt. 2. Die Auslandsbeziehungen dürfen nur der Reichsregierung obliegen. 3. Für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern einem zentral gelegenen anderen Orte zu tagen hat, muß ein baldigster Termin festgesetzt werden, denn was heute vorhanden sei, könne nur als Provisorium gelten.

Staatssekretär **Erzberger** berichtet zunächst über den Entschluß des Kriegskabinetts am 8. Nov., dem französischen Oberbefehlshaber die Kapitulation Deutschlands auszusprechen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß Elsaß-Lothringen nicht als besetztes Gebiet, sondern als selbständiger Staat bezeichnet wurde. Das Kriegsmaterial werde ordnungsgemäß übergeben, dagegen konnten nur 3000 Lokomotiven und 100.000 Wagen abgeliefert werden. Die Umachung über die deutschen Kriegsgefangenen mildern zu können, erscheine hoffnungslos. Die Rückgabe der Gefangenen vollziehe sich normal, unmöglich sei dagegen die Rückführung der gefangenen Russen vor dem 1. Februar 1919. In der Lebensmittelfrage sei gestern zum erstenmal eine entgegenkommend gehaltene Depesche von Clemenceau eingetroffen. Er befürchte, die Entente habe einen Rechtsmittel, um in

Deutschland einzurücken. Hieraus ergebe sich die dringende Notwendigkeit des Vorfriedens.

Ministerpräsident **Cisner** erklärte, die Berichte von Solf und Erzberger lassen nichts davon merken, daß zwischen der Revolution ihre Arbeit getan habe. Den Frieden werden wir nur erreichen durch völlig unkompromittierte Männer. Man fasse sich an den Kopf, wenn man die Namen der Waffenstillstandsunterhändler liest. An ihrer Spitze ständen Leute wie Erzberger, welche die Weltvergiftung der öffentlichen Meinung organisiert haben. Er könne die Tätigkeit dieser beiden Männer nichts anderes als Gegenrevolution nennen. Clemenceau habe erst neulich erklärt, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gelten nicht dem deutschen Volke, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen. Ihn müßten alle die kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volksverrats angeklagt werden wollten. Solf, Erzberger und ihre Gleichen seien für alle Zeiten erledigt. Cisner berichtet über den Verlauf der Revolution in Bayern. Die A- und S-Räte müssen ausgebaut werden als Ersatz für den kaiserlichen Parlamentarismus, der bankrott gemacht habe. Weber, Clemenceau noch Lloyd George, noch Wilson denken daran, einen Frieden mit einer sozialistisch-radikalen Regierung zu verweigern und ihn von der Einberufung der Nationalversammlung abhängig zu machen.

Die Nachmittags Sitzung wurde eingeleitet durch eine Rede des Volksbeauftragten **Barth**, der die Nationalversammlung für notwendig erklärte, aber vorerst die A- und S-Räte als Vorparlament berufen will. Die Diktatur wolle niemand verlängern.

Präsident **Merges** Braunschweig wendet sich scharf gegen die Gegenrevolution und gegen die Kerenskität der Regierung. Die Diktatur müsse solange bleiben, bis die Verhältnisse sozialistisch umgestaltet seien. Die Regierung müsse vom Volksporn weggesetzt werden, denn sie gehöre nicht auf ihren Platz.

Ebert verweist darauf, daß die Regierung vom Vertrauen der Parteien und der A- und S-Räte getragen werde und daß an dem angeblichen Befehl des Generals **Sigt** von Armin an das Feldheer, den der Vortredner zitiert habe, kein wahres Wort sei.

Crispien-Württemberg warnt vor übertriebener Hege gegen scheinbaren Bolschewismus. Er erklärt sich uneingeschränkt für die Nationalversammlung. Er wünsche eine wirklich gute Presseabteilung der Regierung und einen Gerichtshof für die Schuldigen am Kriege, nicht zu deren Bestrafung, sondern zur Feststellung.

Geiß-Baden spricht für baldige Einberufung der Nationalversammlung. Ohne sie sei kein Frieden möglich. **Cisner** warnt vor Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Berrüttung. Die Regierung sei rein sozialistisch umzuformen und ein Präsidium zu wählen, das Deutschland vertreten und mit der Entente verhandeln könne.

Ebert vertahrt sich gegen die Angriffe auf die Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch sei. **Erzberger** beleuchtet den Imperialismus unserer Feinde.

Haas-Karlsruhe protestiert gegen jede Diktatur von Berlin und erklärt, die Nationalversammlung sei das einzige Mittel gegen die Trennung.

Scheidemann sagt, daß man im Augenblick der Berrüttung nicht sozialisieren könne, wendet sich aber gegen ein Klassenparlament, wie es die A- und S-Räte auf die Dauer wären, und nennt die angeblichen technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Zwirnsfäden. Man brauche keine Wählerlisten, nur Legitimationen für jeden Wähler, die nach der Wahl abgestempelt würden, und für jede Partei eine Wählerliste für das ganze Reich.

Gradnauer-Sachsen schließt sich ihm an. **Herzfeld** spricht für die Beibehaltung der A- und S-Räte, bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter **Haase** sagt, die jetzige Regierung sei verhandlungsfähig. **Scheidemanns** Vorschläge billige er nicht. Die Nationalversammlung in den Bundesstaaten bitte er zurückzustellen. Zwischen Solf und dem Volksbeauftragten herrschen allerdings Meinungsverschiedenheiten, welche die heutige Rede noch verweist hätte. Unverantwortliche Einflüsse gegen die sozialistische Republik dulde die Reichsregierung nicht.

Auf Vorschlag **Eberts** wird folgendes Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich entschieden, im Sinne der Reichseinheit zu wirken und Trennungsbestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Berufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die A- und S-Räte die Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunigste Verbeiführung eines Vorfriedens hinzuwirken.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung über die wirtschaftliche Lage erstatten Staatssekretär **Baum** vom Reichsernährungsamt, Staatssekretär **Röth** vom Demobilisationsamt und Staatssekretär **Müller** vom Reichsarbeitsamt Berichte. Müller warnt vor allem vor unberechtigten Eingriffen in den Apparat des Geld- und Kreditwesens und schlägt folgende Entschärfung vor die einstimmig angenommen wurde:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht zu erhalten, die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande zu sichern und die deutsche Volksrepublik im In- und Auslande kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf deren bisheriger Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Uebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben habe.

Staatssekretär **Schiffer** vom Reichsfinanzamt weist auf das Gefährliche der Finanzzustände des Reichs hin. Eine zu lange Dauer des rechtslosen Zustands müsse zum Zusammenbruch der Finanzen führen. Daher fordert er aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung. Er entwickelte sodann ein großes Finanzprogramm, in dem scharfste Bekämpfung der Steuererleichterung, eine große Kriegsgewinnsteuer, sowie Besteuerung der Mehrgewinne und Vermögensabgabe enthalten sind.

Staatssekretär **Röth** verliest die neueste Verordnung gegen die Weiterführung der Kriegsaufträge und nach 9 Uhr abends spricht **Ebert** das Schlusswort: Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit und Sozialismus ist Arbeit! Er appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeige, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbstsucht durch die Sozialdemokratie nicht verloren seien. Für die neue Republik sei die staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen. Damit wird die Konferenz geschlossen.

In der nächsten Zeit werden die Finanzminister der deutschen Staaten zusammentreten, um über eine einheitliche Grundlage der neuen Steuerpläne zu beraten.

Die Umwälzung im Reich.

Der Ernst der Lage.

Berlin, 26. Nov. Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichsamts für wirtschaftliche Abrüstung, **Röth**, der u. a. sagte: Ueber den furchtbaren Ernst unserer wirtschaftlichen Lage scheint die Heimat noch nicht hinreichend klar zu sein. Wir wandeln an Abgründen, die uns täglich zu verschlingen drohen, und nur größtes Selbstbewußtsein, stärkste Arbeitsanspannung, eiserne Disziplin aller, können das Volk retten. Vor allen Dingen muß jeder arbeiten, sonst gehen wir zugrunde. In der letzten Zeit ist vielfach die Arbeitsleistung gesunken. Wer wir können es uns weiterhin einfach nicht leisten. Jeder muß sich aus der Erregung, Ablenkung oder Müllast herausreißen und unermüdet seine Pflicht tun. Es müssen jetzt auch Arbeitsleistungen vermieden werden. Jeder Streik am uns unmittelbar in die Katastrophe hineintreiben.

Berlin, 26. Nov. Die Arbeiter im Oberschlesischen Kohlengebiet sind in den Ausstand getreten. — 2000 Arbeiter der Daimler-Werke in Berlin-Marien-

telde haben die Arbeit wiederbelegt. Sie verlangen Verschaffung der Arbeitslosen. Die Angehörigen haben sich ihnen angeschlossen. Auch bei Siemens und Halske ist nach dem „B. T.“ eine Ausstandsbeziehung im Gange.

Berlin, 26. Nov. Die Spartakusgruppe veranstaltet Versammlungen der Arbeitslosen. Die Arbeitszeit soll nötigenfalls auf 4 Stunden täglich herabgesetzt werden. Die Stadt Berlin wird 19-15 Mill. M. zur Unterstützung der Arbeitslosen und für Notstandsarbeiten bereitstellen. Die Spartakusgruppe verlangt Verstaatlichung der industriellen Betriebe.

Die Enthüllung Eisners.

Berlin, 25. Nov. Die „Deutsche Allgem. Ztg.“ schreibt: Im Namen der Wahrheit legen wir gegen die Veröffentlichung der bruchstückhaften „Wahrheit“ der bayerischen Dokumente Verwahrung ein, durch die nur Verwirrung zum Vorteil unserer Feinde entsteht. Solche Bruchstücke bekannt zu geben, ist ohne Sinn, solange nicht auch die Dokumente in Paris und London bekannt werden.

Protest der bürgerlichen Parteien in Bayern.

München, 25. Nov. Die bürgerlichen Parteien des Landtags protestieren in einer Erklärung erneut gegen die gewaltsame Verhinderung der parlamentarischen Arbeit der Kammer der Abgeordneten durch die neue Regierung. Die bürgerlichen Parteien werden die prov. Regierung nur unterstützen können, wenn sie ihr gegebenes Wort einlöst, Wahlen zur Nationalversammlung auf demokratischer Grundlage so rasch wie möglich auszuschreiben und ihre Tätigkeit als beendet anzusehen, sobald das Volk durch die Nationalversammlung die Leitung seiner Geschäfte selbst bestimmt.

Die schwäbischen Bauern gegen die U.S.A.

Augsburg, 25. Nov. Die Einladung des Arbeiter- und Soldatenrats in Augsburg an die Bauern des Kreises Schwaben-Nürnberg, am 25. Nov. einen Bauernrat zu wählen, ist von sämtlichen organisierten Bauern — rund 200 000 — abgelehnt worden. Der U.S.A. habe kein Recht, einen Bauernrat zu bilden und die Bauernschaft des Kreises würde niemals einen auf Veranlassung des U.S.A. berufenen Bauernrat anerkennen.

Berainnung englischer Kriegsgefangener.

Berlin, 25. Nov. Gestern fand eine Versammlung englischer Kriegsgefangener statt, in der die Sozialisten Bernstein und Ledebour sprachen. Als Ledebour die gegenwärtige deutsche Regierung scharf angriff und England aufforderte, nichts gegen den Bolschewismus in Russland zu unternehmen, riefen ihm die Engländer zu: „Sind Sie ein Russe?“

Berlin, 26. Nov. Der deutsche Bevollmächtigte meldet, daß im Baltikum vorerst kein Anlaß zu Besorgnis sei. Das in Reval lagernde Heeresgut soll gesichert sein. Unruhen und Plünderungen seien allerdings vorgekommen. In Aurland und Livland herrsche Ruhe. Anders sei die Lage in Estland, wo die Republik ausgerufen worden sei.

Frankreich gegen den Kaiser.

Paris, 26. Nov. Einige Blätter verlangen von Holland die Ausweisung des Kaisers Wilhelm, da er nicht förmlich auf die Regierung verzichtet habe und demgemäß nicht als Privatperson zu betrachten sei. Ein Ausschuß ist zusammgetreten, der die „verbrecherische Schuld des früheren Kaisers am Kriegsausbruch“ untersuchen soll.

Fremde Journalisten in Deutschland.

Berlin, 25. Nov. Auf der Durchreise von der Westfront nach Berlin weilten fünf amerikanische Journalisten in Frankfurt a. M. Bei der Zusammenkunft am Abend nach einem Besuch des Arbeiter- und Soldatenrats sagte einer der amerikanischen Herren, wie verschiedene Morgenblätter berichteten: Sobald erst Amerika die Wahrheit und die Disziplin der deutschen Revolution erfahren hat, wird eine vollständige Sinnesänderung der Amerikaner eintreten. Die amerikanischen Korrespondenten werden in Berlin von Staatssekretär Scheidemann empfangen werden.

Delegiertenversammlung der U.S.A.

Berlin, 26. Nov. Die Delegiertenversammlung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte wird auf 16. Dezember nach Berlin einberufen.

Protest des U.S.A.

Freiburg, 26. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Freiburg hat sich dem Protest des Frankfurter Rats angeschlossen, daß die Reichsregierung der Diktatur der Räte von Berlin unterstellt werden solle.

Weitere Enthüllungen?

Berlin, 26. Nov. Nach Blättern in London sollen die Geheimnisse des Auswärtigen Amtes mit Rücksicht auf die Schuldfrage am Weltkrieg untersucht und veröffentlicht werden.

Erklärung bayerischer Minister.

München, 26. Nov. Die früheren Minister v. Thelemann, v. Dreunig, v. Knilling und v. Seidlein erklären, daß ihnen der von Eisner veröffentlichte Bericht an den Grafen Hertling über die diplomatischen Vorgänge vor der Kriegserklärung unbekannt sei.

Erneute Zusage von Lebensmitteln.

Berlin, 26. Nov. Hier ist eine Note des Staatssekretärs Lansing eingetroffen, wonach Präsident Wilson sich bereit erklärte, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland wirklich die Ordnung aufrecht erhalten wird und auch weiterhin aufrechterhalten bleibt und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel unzweifelhaft garantiert wird.

Der amerikanische Schutz.

München, 26. Nov. Den „M. N. N.“ wird aus Bern über die Äußerung eines Amerikaners gemeldet: Nach dem Friedensschluß werden amerikanische Truppen in Europa bleiben, um die innere Ordnung, die in allen kriegführenden Staaten bedroht sei, zu bewachen. Es sei zu hoffen, daß Deutschland dieses Schutzes nicht bedürfte, wenn ihm die Lebensmittelzufuhr erleichtert werde. Amerika könne in seinem eigenen Handelsinteresse Deutschland als Abnehmer und Lieferant nicht entbehren und wünsche es vor der Schreckensherrschaft der Kommunisten bewahrt zu sehen, die zwar nicht lange dauern könnte, aber unsäglichen Schaden stiften würde. Die Schweiz würde in Mitleidenschaft gezogen. Am 15. November sollte schon eine Hilfssendung für Deutschland von Basel aus ausgeführt werden, da wurde gemeldet, daß der russische Bolschewist Joffe nach Berlin zurückgekehrt sei. Sofort wurde die Sendung zurückgehalten, da man der deutschen Regierung nicht „ante“. Die Nachricht erwies sich als eine Bosheit von Bolschewistenführern in der Schweiz. Gegenseitiges Vertrauen lasse sich erst mit der Zeit herstellen. Deutschland dürfe aber keinen Zweifel lassen, daß der Bolschewismus überall als Feind des Friedens und des Völkerwohls erkannt und geächtet werden.

Ohne Nationalversammlung keine Verlängerung des Waffenstillstands.

London, 26. Nov. Die „Times“ schreibt, der Waffenstillstand werde vorwiegend nicht verlängert, wenn bis zu seinem Ablauf (Mitte Dezember) die deutsche Nationalversammlung nicht gewählt werde. Deutschland brauche sich nicht über Vergewaltigung zu beklagen, wenn dann die Bedingungen es in ihrer ganzen Schwere treffen.

Der Waffenstillstand.

Syaa, 25. Nov. In der heutigen Sitzung erklärte der französische Vorsitzende, daß für die Berechnung der Räumungsfrist der 11. Nov. 6 Uhr vormittags deutscher Zeit gilt. Es wurde ferner ein Antrag von dem französischen Vorsitzenden gestellt, während der Besetzung des linksrheinischen Gebiets und der Brückenspiele zur Regelung gewisser militärischer Fragen als Verbindungsamt die örtlichen deutschen Verwaltungsbehörden, jedem der 3 großen Brückenspiele und für die bayerische Pfalz je einen Generalstabschef anzugliedern.

Frankreichs Aufruf an die Elässer.

München, 26. Nov. Die Münchener Funkenstation hat nach der Korr. Hoffmann folgenden Funkspruch aufgefassen:

Paris, 25. Nov. An alle! Aufruf an das Eläß. Was für ein Wunder habt Ihr, Straßburger und Elässer vollbracht, indem Ihr trotz aller Bedrückungen und trotz des verhassten Joches in Eurer Treue ganz die heilige Liebe dem Vaterlande bewahrt habt. Die Geschichte kennt zweifellos kein zweites Beispiel einer so bewundernswürdigen Treue. Ihr Soldaten habt heldenmütig in den längsten Schlachten, die es jemals gegeben hat, gekämpft. Ihr seid ruhmbedeckt daraus hervorgegangen. Die furchtbare Schraube ist gefallen und der Adler niedergeworfen. Wie einst kommt Frankreich zu Euch, Ihr Straßburger, wie eine Mutter zu ihrem lieben Kinde, das es verloren und wiedergefunden hat. Es wird nicht nur Eure Bewohnheiten, Eure lokalen Ueberlieferungen, Euren religiösen Glauben, Eure wirtschaftlichen Notwendigkeiten achten, sondern auch Eure Wunden verbinden und in diesen schweren Tagen Eure Ernährung sicherstellen. In dieser feierlichen herrlichen Stunde, die den Triumph des Rechts, der Gerechtigkeit und der Freiheit über die brutale Gewalt bringt, wollen wir uns, Ihr befreiten Elässer und Ihr befreiten Soldaten, in der gleichen Liebe vereinigen. Es lebe Frankreich! Es lebe die Armee! Es lebe die Republik!

Die Engländer besetzen Kiel.

London, 26. Nov. Die englischen Vorpostenschiffe sind gestern nach Kiel abgefahren. Minenschiffe machen die Fahrt durch den Sund frei, worauf größere Schiffe in die Dürsee abgehen werden.

Nordischleswig verloren?

Kopenhagen, 26. Nov. Der Reichstagsabg. Hansen verstandigte die dänische Regierung, die deutsche Regierung habe eingewilligt, daß die Bevölkerung Nordischleswigs darüber abstimme, ob sie zum Deutschen Reich oder zu Dänemark gehören wolle. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben sich in der Mehrzahl für Dänemark entschieden. Der dänische Minister des Auswärtigen drückte dem Abg. Hansen seine Freude über das Ergebnis aus. Dänemark könne auf dem Friedenskongreß seine Ansprüche auf Nordischleswig nur geltend machen, wenn es sich auf eine Volksabstimmung stützen könne.

(-) **Mulendorf, 25. Nov.** (Landjägererversammlung.) Am Freitag und Sonntag fanden hier gut besuchte Versammlungen der Stationskommandanten und Landjäger des Bezirks Ravensburg statt, um einen Verein der Korpsangehörigen zu gründen, der sich zur Aufgabe gestellt hat, das Korps der Neuzeit entsprechend umzugestalten. In einer Resolution brachten die Anwesenden zum Ausdruck, daß sie unter der heutigen provisorischen Regierung nach wie vor ihren Dienst zum allgemeinen Wohl des Vaterlandes erfüllen wollten; den beiden Landjägeroffizieren, Major Menzel und Wazing wurde vollstes Vertrauen ausgesprochen.

(-) **Feuerbach, 26. Nov.** (Besichtigungsbesuch.) In der chemischen Fabrik von C. Feuerlein, die seit einigen Jahren außer Betrieb ist, hat die Militärverwaltung vor einiger Zeit ein Instandsetzungsamt eingerichtet. Nun hat die Fabrik die Firma Paul Schröder in Stuttgart, die ihren Betrieb nach hier verlegt, um 450 000 M. käuflich erworben.

(-) **Stübingen, 26. Nov.** (Anschluß an die demokratische Partei.) Die Nationalliberale Partei Stübingen hat sich in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung für den Anschluß an die deutsche demokratische Partei erklärt.

(-) **Herrenberg, 26. Nov.** (Bom Zuge überfahren.) Eine Schaffnerin aus Feuerbach des nach Stübingen fahrenden Personenzug holte sich etwas Stroh von einem Militärtransportzug. Beim Aussteigen auf ihren Zug stürzte sie ab. Sie geriet unter die des Zugs, wobei ihr beide Beine und ein Arm abgedrückt wurden. Die Frau ist nach wenigen Stunden gestorben.

Druck und Verlag der B. Hoffmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: G. Reinhardt daselbst.

Zuckerarten.

Die Kaufleute wollen die Zuckerarten vom Monat Nov. ab bald abliefern und gleichzeitig das Vorratsverzeichnis angeben.

Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.

Sozialdemokratischer Verein Wildbad.

Samstag abend 8 Uhr im Badischen Hof

Mitglieder-Versammlung.

Vortrag über:

Die Revolution, ihr Zweck und ihre Ziele.

Referent: Genosse Fröhlich.

Vor Eröffnung der Versammlung können Neu-Anmeldungen gemacht werden.

Es ist sehr erwünscht, daß sich auch die hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen recht zahlreich einfinden wollen.

Genossen und Genossinnen erscheint recht zahlreich.

Der prov. Vorstand:

J. A. Rudwied.



Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben guten Mutter

Rosine Krauß
Maurermeisters Witw.

erfahren durften, sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wildbad, den 27. Nov. 1918.

Photo-Zentrale

Drogerie und Sanität-bazar
Hans Grundner's Nachf.

Herm. Erdmann.

Erstes Spezialgeschäft für

Amateur-
Photographie

Wildbad, Hauptstr. 86.

Telefon 76.

Erstklassige photogr.

Apparate

zu Originalpreisen.

Kodaks

Entwickeln und Copieren

von Filmen und Platten wird prompt, sauber und billig fachmännisch ausgeführt.

Wir geben auf sämtliche Waren in unserem Hauptgeschäft einen

Rabatt von 10 Prozent

mit Ausnahme von Photograph Artifel, K. A. Seife und Pulver und Zigarren, welche schon bedeutend ermäßigt sind.